

Memmler, Michael
Schraml, Ulrich

IFP (2008)



waldzukünfte

Akteurslandkarte

Bericht über die Analyse relevanter Akteure der Waldpolitik in Deutschland

Im Rahmen des Projektes Zukünfte und Visionen
Wald 2100

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Die vorliegende Publikation wurde im Rahmen des Verbundprojektes „Zukünfte und Visionen Wald 2100: Langfristige Perspektiven von Wald- und Landnutzung Entwicklungsdynamiken, normative Grundhaltungen und Governance“ erstellt.

„Zukünfte und Visionen Wald 2100“ wurde gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Förderschwerpunktes „Nachhaltige Waldwirtschaft“ (Projekträger Jülich, FKZ 0330789). Projektlaufzeit: März 2007 – November 2008.

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren.

Informationen und Ergebnisse: www.waldzukuenfte.de

Informationen zum Förderschwerpunkt: www.nachhaltige-waldwirtschaft.de

Impressum

Institut für Forst- und Umweltpolitik (IFP)
der Albert-Ludwigs Universität Freiburg
Tennenbacherstraße 4
79106 Freiburg

Telefon: +49 (0)7 61- 2 03- 85 21
Telefax: +49 (0)761- 2 03- 37 05
www.ifp.uni-freiburg.de

E-Mail:
ulrich.schraml@ifp.uni-freiburg.de
michael.memmler@ifp.uni-freiburg.de

Freiburg, Februar 2008

Pressekontakt

Institut für ökologische
Wirtschaftsforschung (IÖW)
Richard Harnisch
Potsdamer Str. 105
10785 Berlin

Telefon: +49 (0)30 - 884 594 16
Telefax: +49 (0)30 - 882 54 39
www.ioew.de

E-Mail:
kommunikation@ioew.de

1. Methodische Vorbemerkungen

Die Beteiligung gesellschaftlicher Stakeholder nimmt im Forschungsvorhaben aus inhaltlichen wie normativen Gründen einen besonderen Stellenwert ein, da der unsichere und immanent vorläufige Charakter von Zukunftswissen im besonderen Maße einen intensiven und anhaltenden Austausch mit Akteuren verschiedener Gesellschaftsbereiche erfordert. Zum einen stellt der Einbezug des zukunftsrelevanten nicht-wissenschaftlichen Wissens von Akteuren eine wichtige Eingangsgröße bei der Formulierung von Zukunftsbildern dar. Zum anderen ist die zielgruppenspezifische Kommunikation dieser Zukunftsbilder unabdingbare Voraussetzung für den intendierten breiten gesellschaftlichen Diskurs über die Zukunft der Forst- und Holzwirtschaft in Deutschland.

Mögliche Verfahren zur Bestimmung relevanter Akteure wurden in der sozialwissenschaftlichen Literatur insgesamt eher selten thematisiert – obwohl gerade die Vernachlässigung des spezifischen sozialen Kontexts maßgeblich für die ernüchternde Bilanz vieler Politikberatungsprozesse verantwortlich gemacht wird (vgl. Weible 2007). Bemerkenswert ist zudem, dass die Stakeholder-Analyse trotz früher politikwissenschaftlicher Studien zur komplexen Interaktion privater und öffentlicher Akteure letztlich erst über den Umweg der wirtschaftswissenschaftlichen Managementliteratur Eingang in das Methodenarsenal der Sozialwissenschaften gefunden hat (Grimble / Wellard 1996; Brugha / Varvasovszky 2000a, b).

Mit dieser Managementperspektive geht allerdings eine eher instrumentelle Sicht von „Stakeholder Analysis“ oder „Actor Mapping“ einher. Die Analyse dient oftmals primär der konfliktarmen Implementation eines beschlossenen Programms im lokalen Kontext (z. B. Grimble / Wellard 1996; Ramirez 1999; Brugha / Varvasovszky 2000b). Aus einer solchen instrumentellen Perspektive heraus wird ein Stakeholder zum Beispiel definiert als jeder Akteur „who (a) is affected by or affects a particular problem or issue and/or (b) is responsible for problems or issues and/or (c) has perspectives or knowledge needed to develop good solutions or strategies, and/or (d) has the power and resources to block or implement solutions or strategies“ (Welp 2000: 9). An einem solchen problemlösungsorientierten Verständnis wird allerdings zu Recht kritisiert, dass hierdurch historisch bedingte Machtverhältnisse fortgeschrieben werden. Aus demokratietheoretischen Gründen fordern partizipativ orientierte Forscher daher zusätzlich zu den oben genannten folgende Kriterien bei der Auswahl zugrunde zu legen: (i) representative of the wider stakeholder community; (ii) likely to engage constructively in dialogue; and (iii) [...] well known and respected enough to diffuse ideas from this dialogue to a wide social network (Prell et al. 2006).

Unabhängig davon, ob eher realistische oder normative Maßstäbe an die Auswahl der Akteure angelegt werden, weist die letztgenannte Definition auf einen besonders wichtigen Aspekt, den der Interaktionen zwischen den Stakeholdern hin. Der Einbezug dieser Verflechtungen und Wechselbeziehungen gilt allgemein als Kennzeichen einer umfassenden Stakeholder-Analyse (vgl. Brugha / Varvasovszky 2000b). Damit verbunden ist die Forderung, die Analyse nicht mit der Erstellung einer Liste von Akteuren bzw. betroffenen Interessen zu beenden, sondern darüber hinaus vertiefende Konflikt- und Netzwerkanalysen des spezifischen Akteurs-Systems anzuschließen (Grimble und Wellard 1997; Turnpenny et al. 2005; Prell et. 2006; Weible 2007).

Umfassende Systemanalysen setzen gleichwohl eine sorgfältige Systemabgrenzung voraus. Im gesellschaftswissenschaftlichen Kontext kommt ihr sogar eine besondere Schlüsselbedeutung zu, da bereits die Addition bzw. das Fehlen weniger Akteure die Funktionsweise des Gesamtsystems stark beeinflussen kann, z. B. hinsichtlich des Informationsflusses im Netzwerk. Aufgrund dieses großen Gewichts wird in der Literatur zur Netzwerkanalyse in der Regel eine Kombination nominalistischer und realistischer Verfahren zur Auswahl der Akteure eines Gesamtnetzwerks empfohlen (Laumann et al. 1983, Jansen 2003). Während in ersterem Ansatz der Kreis der Akteure vom Forscher nach „theoretischen“ Konzepten wie geographischem Bezug, ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen oder ihrer institutionell-formellen Anhörungs-, Mitsprache-, Entscheidungsrechten (sog. Positionsmethode) eingegrenzt wird, bestimmen die Akteure bei den so genannten „realistischen“ Verfahren durch ihr Handeln oder ihre Einschätzung quasi selbst die Abgrenzung des Netzwerks. Konkret werden zum Beispiel alle Akteure berücksichtigt, die sich freiwillig an einem bestimmten Ereignis, etwa einer Anhörung, beteiligt oder in einem Planungsprozess zu Wort gemeldet haben (Ereignismethode). Im Anschluss kann diese vorläufige Liste zusätzlich durch eine Befragung der Akteure selbst oder von anerkannten Experten überprüft (Reputationsmethode) und/oder durch das so genannte Schneeballverfahren weiter ausdifferenziert werden (Laumann et al. 1983, Marsden 1990, Jansen 2003: 71ff.).

Im vorliegenden Fall wurde in Hinblick auf das Ziel der Untersuchung mehreren dieser Prämissen gefolgt. Es überwiegt vor dem Hintergrund der geplanten Debatte mit politischen Akteuren ein realistischer Zugang, der auch nach den Wechselbeziehungen zwischen den Stakeholdern fragt. Das heißt, die Analyse stellt die tatsächliche Relevanz der Akteure in laufenden politischen Prozessen in den Mittelpunkt. Normative Maßstäbe für die Auswahl zusätzlicher, bislang in der deutschen Forstpolitik wenig repräsentierter Gruppen (z.B. Jugendliche) werden über weitere Verfahrensschritte, insbesondere die geplanten Konferenzen eingebunden. Für den geplanten Diskurs spielte zudem das Kriterium des geographischen Vertretungsanspruchs für Deutschland, Baden-Württemberg und Brandenburg eine Rolle.

Im Einzelnen wurde insbesondere die Beteiligung an den Nationalen bzw. Regionalen Waldprogrammen, die als „gesellschaftspolitische Dialoge“ allen interessierten gesellschaftlichen Gruppen offen standen, zum entscheidenden Selektionskriterium gemacht. Hierdurch wurde sichergestellt, dass nicht nur alle traditionellen forstlichen Stakeholder erfasst werden, sondern auch diejenigen gesellschaftlichen Gruppen, die in den letzten Jahren großes Interesse an waldpolitischen Themen bekundet haben. Zudem können diese Akteure in der Diskursphase eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen.

Die Stakeholderanalyse stützt sich insbesondere auf die Auswertung der forstpolitikwissenschaftlichen Literatur, die es zu diesem Thema gibt. Außerdem werden auf der Basis eigener Erhebungen und Darstellungen Übersichten zu den relevanten Akteuren erstellt und diese um Aussagen zu deren Verbindung (Konfliktbeziehungen, Netzwerke, Kommunikation) ergänzt. Das Ergebnis wurde mit Hilfe einiger Expertengespräche einer weiteren Validierung unterzogen und darin durchweg für plausibel befunden.

2. Die forstpolitische Akteurslandschaft

Im Folgenden wird der identifizierte Akteurskreis auf Bundesebene näher charakterisiert. Auf Landesebene sind in der Regel ähnliche Konstellationen anzutreffen. Allerdings ist zu beachten, dass dort im Allgemeinen der Einfluss der Landesforstverwaltungen und der lokalen Wirtschaftsverbände stärker ausgeprägt ist, während die Nichtregierungsorganisationen z.B. aus dem Umweltbereich im Allgemeinen unterrepräsentiert sind und daher insgesamt weniger Einfluss als auf Bundesebene ausüben können.

Zu den Runden Tischen der zweiten Phase des Nationalen Waldprogramms von 2001-2003 waren regelmäßig ca. 80 Institutionen eingeladen (vgl. Tab. 1), von denen jedoch lediglich ein Drittel bis die Hälfte „regelmäßig“ teilnahmen (Elsasser/Liss 2004: 8 sprechen von „regelmäßiger“ Teilnahme, wenn der Akteur bei mindestens fünf von sechs Runden Tischen anwesend war). Aus Gründen der Übersichtlichkeit können diese forstpolitischen Akteure weiter in neun Gruppen eingeteilt werden, die wenigstens teilweise ähnliche Interessen in der deutschen Waldpolitik verfolgen. Dies sind unter anderem die Interessen der öffentlichen, kommunalen und privaten Eigentümer von Waldflächen sowie der forstlichen Fachverbände, der Umwelt- und Naturschutzverbände, der Holz- und Papierwirtschaft, der forstlichen Arbeitnehmerschaft, der Erholungs- und Freizeitnutzer des Waldes, der Trinkwasserversorger, der Jäger sowie Forschungs- und Beratungsinteressen regierungsabhängiger und -unabhängiger wissenschaftlicher Einrichtungen.

Die Einteilung der am Wald interessierten Akteure in Gruppen vermittelt einen ersten Eindruck von den wichtigsten interessenbedingten Konfliktlinien der deutschen Forstpolitik. Um aber ein tieferes Verständnis der themenspezifischen Koalitions- und Konfliktstrukturen zu erreichen, werden im Folgenden einige detaillierte Ergebnisse aus forstpolitischen Konflikt- und Netzwerkanalysen der letzten Jahre präsentiert. Dabei werden auch neuere Entwicklungen der letzten Jahre aufgegriffen.

Tabelle 1 Akteursgruppen im Nationalen Waldprogramm Deutschland nach Elsasser/Liss 2004: 8, modifiziert und erweitert nach aktueller Akteursliste (Stand Sept. 2007)

Akteursgruppen	N Akteure
Forstverwaltungen (BB, BE, BW, BY, HB, HE, HH, MV, NI, NRW, RP, SC, SH, SL, ST, TH, Bundesforst)	17
Forstwirtschaftliche Verbände und Organisationen (AGDW, ANW, DBV, DFV, DFWR, DStGB, HAF, PEFC, VDF, Frauen im Forstbereich)	10
Umwelt- und Naturschutzverbände (DNR, BHU, BUND, Greenpeace, Klima-Bündnis, NABU, ProRegenwald/AG Wald im FUE, Robin Wood, SDW, Stiftung Wald und Not, WWF)	11
Verbände der Holz- und Papierwirtschaft (BDH/VDH, DBMV, HDH, VDF, VDP (Papier), VDP (Parkett), VDSH/DHWR, VHI, GDHolz)	9
Berufs- und Arbeitnehmervertretungen im Forstbereich (IG BAU, BDF, BvFF, DFUV, FLU-VdAW)	5
Tourismus- und Sportverbände (DTV, DOSB, VDGWV, VDN)	4
Verbände Wasserversorgung (BGW, ATV-DVWK, VDG)	3
Jagdliche Verbände (DJV, ÖJV)	2

Forschungs- und Beratungsinstitute (BFH, BfN, BLE, ALU, TUD, TUM, GAU, AGEK/GTZ, ZADI, DBGes, BayLWF)	11
Bundesministerien (BMVEL, BMU, BMWi, BMZ, BMBF, BMVBW, BMF, AA)	8
GESAMT	80 AKTEURE

2.1 Latente Gruppenkonflikte zwischen traditionellen Akteuren der Forstpolitik

Gruppenkonflikte zwischen den traditionellen Akteuren der Forstwirtschaft wurden vertieft durch Mann (1998) analysiert. Diese latent vorhandenen, strukturell bedingten Konflikte werden insbesondere in Krisensituationen manifest und beeinflussen zum Beispiel die Arbeit des Deutschen Forstwirtschaftsrats (DFWR) als „Sprachrohr“ für die gesamte Forstwirtschaft erheblich (Schraml et al. 2000). Unter dem stetig gefährdeten „gemeinsamen Dach“ dieser sektoralen Interessenvertretung sind unter anderem folgende Gruppierungen zusammengefasst:

die Forstverwaltungen bzw. Forstbetriebe der Länder und des Bundes. Aus historischen Gründen besitzen die Bundesländer 30% und der Bund 4% der deutschen Waldflächen, wobei der Anteil regionalspezifisch stark variiert. Mit der Erhaltung und Bewirtschaftung dieses umfangreichen Besitzes haben alle Bundesländer eigene Forstverwaltungen betraut, welche in der Regel gleichzeitig forsthoheitliche Aufgaben im Vollzug des forstgesetzlichen Rahmens sowie Dienstleistungsaufgaben in der Beratung und Betreuung der privaten und kommunalen Waldbesitzer wahrnehmen. Aufgrund dieser Konzentration von Macht und Aufgaben stellten die staatlichen Forstverwaltungen über viele Jahrzehnte den wichtigsten forstpolitischen Akteur dar. So waren sie nicht nur mit weitem Abstand die größten Arbeitgeber und Marktteilnehmer, sondern galten durch ihr umfangreiches Fachwissen und ihre Einbindung in die Ministerialbürokratie auch als besonders einflußreich. Lange Zeit erfüllten sie zudem die Funktion einer „Kommunikationsdrehscheibe“ zwischen den verschiedenen forstlichen Akteuren (Mann 1998: 138).

Allerdings wurden die Forstverwaltungen seit den 1990er Jahren tiefgreifenden Reformen unterworfen, die insgesamt zu einer Schwächung der staatlichen Akteure durch Reduktion der Ressourcen, organisatorische Aufspaltung und Abbau von Dienstleistungen geführt haben. Unter dem Oberziel der Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (bzw. konkret einer Reduktion des Zuschussbedarfs aus dem allgemeinen Landeshaushalt) wurde in erheblichem Umfang Personal eingespart und Verwaltungsebenen abgebaut (Nüßlein 2005; Fischbach-Einhoff 2005). In den meisten Ländern gingen diese Reformen zudem mit Änderungen der Rechtsform einher.

In der Regel wurden Verwaltungs- bzw. Regiebetriebe (z. B. Baden-Württemberg, Brandenburg bis 2008) in eigenständigere Landesbetriebe (z. B. Hessen) oder Anstalten öffentlichen Rechts überführt (z. B. Bayern, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg ab 2008 geplant). In einigen Ländern wie z. B. Bayern kam es zudem zur organisatorischen Trennung hoheitlicher Überwachungs- und Vollzugsaufgaben auf der einen Seite und der Bewirtschaftung des Landeswaldes durch erwerbswirtschaftlich ausgerichtete Betriebe auf der anderen Seite (vgl. Nüßlein 2005; Memmler / Ruppert 2006). Zusätzlich zeichnet sich ein Trend ab, die kostenlose Beratung und kostengünstige Betreuung nichtstaatlicher Waldbesitzer durch die Landesforstverwaltungen einzustellen und den Aufbau von Selbsthilfeeinrichtungen der Waldbesitzer finanziell stärker zu unterstützen. Schließlich soll noch auf eine baden-württembergische Besonderheit hingewiesen werden. Mit der letzten Verwaltungsreform 2005 wurde die Landesforstverwaltung „kommunalisiert“, so dass die Bewirtschaftung des Landeswaldes sowie die Erbringung von Dienstleistungen für die kommunalen und privaten Waldbesitzer seitdem durch die Stadt- und Landkreise erfolgt.

die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände (AGDW) als Dachorganisation für die auf Landesebene gebildeten Waldbesitzerverbände (z.B. Waldbesitzerverband Brandenburg, Forstkammer Baden-Württemberg). Sie vertritt sowohl die Interessen der großen, mittleren und kleinen Waldbesitzer als auch die der waldbesitzenden Gemeinden, welche parallel dazu auch im Kommunalen Forstausschuss des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB) organisiert sind. Innerhalb der AGDW existieren aber nicht nur zwischen privaten und kommunalen Waldbesitzern Interessengegensätze, sondern auch zwischen dem auch vom Deutschen Bauernverband vertretenen, mittelgroßen Bauernwald sowie den Betrieben des Großprivatwaldes. Trotz ihrer begrenzten Zahl dominierten vor allem letztere die Position der AGDW in einer Vielzahl von Konflikten, insbesondere in Reformdebatten um staatliche Forstbetriebe und in Auseinandersetzungen mit dem Naturschutz (Mann 1998: 181f.).

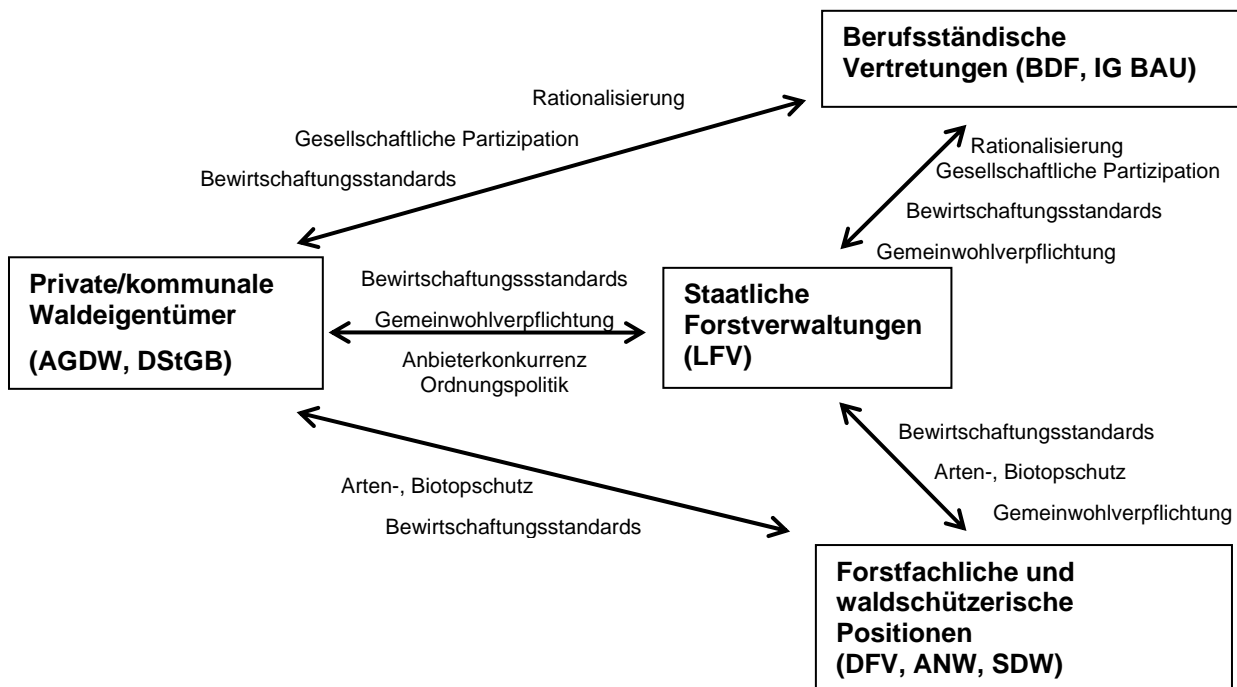
die berufsständischen Arbeitnehmervertretungen der Forstwirtschaft. Während der Bund Deutscher Forstleute (BDF) vor allem die Interessen der Beamten im Forstbereich vertritt, repräsentiert die Industriegewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt (IG BAU) insbesondere die Interessen der Forstwirte (Waldarbeiter) und zum Teil auch die der forstlichen Angestellten. Inhaltlich waren diese Organisationen in den letzten Jahren vor allem mit dem Kampf für eine sozialverträglichen Ausgestaltung der Forstreformen beschäftigt (Fischbach-Einhoff 2005), welche aufgrund ambitionierter Einsparziele im Personalbereich nicht zuletzt auch die Anzahl und Struktur der Mitgliedschaft der genannten Arbeitnehmerorganisationen bedrohen. Während die beiden Gruppen im sozialen Bereich oftmals Hand in Hand operieren, vertraten sie insbesondere in Naturschutzfragen bisweilen unterschiedliche Positionen.

Der Deutsche Forstverein (DFV). Der älteste forstwirtschaftliche Interessenverband legte traditionell einen Schwerpunkt auf die fachliche Fortbildung und den fachlichen Austausch seiner Mitglieder. Im Unterschied zu früher beteiligt er sich in den letzten Jahren aber auch aktiv an gesellschaftlichen Debatten, die die gesamte Forstwirtschaft betreffen, was sich nicht zuletzt in der Etablierung eines forstpolitischen Ausschusses ausdrückt. Inhaltlich versucht der Forstverein dabei, eine vermittelnde Rolle zwischen den verschiedenen forstlichen Gruppen einzunehmen und hat sich insofern als Streiter für die Multifunktionale Forstwirtschaft engagiert. Darüber hinaus betreibt der Forstverein Öffentlichkeitsarbeit über professionell aufbereitete Fachpublikationen und organisiert regelmäßig große Fachtagungen und -exkursionen, von denen oftmals neue Impulse für die forstinterne Diskussion ausgehen.

Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW). Als „älteste Bürgerinitiative der Bundesrepublik Deutschland“ im Kontext der Reparationskriege der Alliierten gegründet, widmet sie sich heute vorrangig der Information der Öffentlichkeit über Aspekte der Walderhaltung und des Waldschutzes. Zahlreiche waldpädagogische Einrichtungen und Initiativen gehen auf die SDW zurück. Nicht zuletzt aufgrund enger personeller und organisatorischer Verflechtungen mit den Landesforstverwaltungen wird selten inhaltliche Kritik an deren Praktiken geübt.

Die Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft (ANW). Von mittelgroßen Privatwaldbesitzern auf der Suche nach Alternativen zur (Kahl-)Schlagwirtschaft 1950 gegründet, entwickelte sie sich schnell zu einem wichtigen Austauschforum für private, kommunale und staatliche Betriebs- und Revierleiter, die sich dem Leitbild einer naturgemäßen Waldwirtschaft verschrieben haben. Politisch lange Zeit um Distanz bemüht, suchte sie in den letzten Jahren insbesondere in wirtschaftspolitischen Fragen auch den Schulterschluss mit den Waldbesitzern. Segregative Ansätze der Waldwirtschaft werden offensiv abgelehnt und die von der ANW vertretenen Waldbewirtschaftungsformen auch im Interesse des Erhalts einer multifunktionalen Waldwirtschaft propagiert.

Abbildung 1 Konfliktstruktur und zugehörige Konfliktthemen im traditionellen Akteurskern der deutschen Forstwirtschaft (Mann 1998: 135, verändert)



Die innerforstlichen Konflikte und dazugehörige Konfliktthemen insbesondere der 1990er Jahre sind in Abb. 1 schematisch dargestellt. Dabei wird abermals die Mittelstellung der Forstverwaltungen zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Interessenpositionen deutlich. So bestehen insbesondere zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Waldbesitzern vielfältige Konflikte, die sich nicht zuletzt aus dem Vollzug unbestimmter Rechtsbegriffe wie der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft vor dem Hintergrund bzw. einer dem Gemeinwohl im besonderen Maße dienenden Bewirtschaftungsweise im öffentlichen Wald ergeben. Aufgrund dieser bisweilen sich widersprechenden Interessenlage wird vielfach der Vorwurf erhoben, dass die Forstverwaltungen kontinuierlich die Bewirtschaftungsstandards für alle Waldbesitzer anheben und dabei die unterschiedliche finanzielle Belastbarkeit verschiedener Waldbesitzarten missachten (vgl. hierzu aber Erb 2006). Wird zusätzlich die marktbeherrschende, preisbestimmende Stellung der Forstverwaltungen in Betracht gezogen, ist es erklärlich, dass prominente Vertreter des Privatwalds in den Verwaltungsreformprozessen eine strikte organisatorische Trennung hoheitlicher und betrieblicher Tätigkeiten und eine stärker erwerbswirtschaftliche Orientierung der Staatsforste anstreben.¹

¹ In diesem Kontext ist interessant, dass sich die forstpolitischen Positionen der eigenständigen, erwerbswirtschaftlich orientierten Landesbetriebe und der privaten Forstbetriebe in einigen Bundesländern tatsächlich anzunähern scheinen.

Trotz der oft dokumentierten Konflikte zwischen Staats- und Privatwaldvertretern bilden beide in einigen Ländern aber eine Art „Abwehrbündnis“, sobald sie seitens der anderen forstlichen Verbände und Vereine mit zusätzlichen sozialen oder ökologischen Forderungen konfrontiert wurden. Als Konsequenz bildeten sich in den Forstreformdebatten in allen Bundesländern ähnliche Koalitionen aus: Hier die Regierungsparteien, die Ministeriumsspitze und die AGDW als grundsätzliche Befürworter wirtschaftlich orientierter Organisationsreformen und/oder Waldgesetznovellen, dort ein breites Bündnis aus sozial und/oder ökologisch ausgerichteten Organisationen (BDF, IG BAU, DFV, SDW, ANW), das sowohl den drastischen Abbau von Personalstellen sowie das Abrücken von Gemeinwohlaufgaben bzw. die Kürzung von Finanzausschüssen für solche Dienstleistungen z.B. im Waldnaturschutz kritisch beurteilt.

2.2 Rangordnungskonflikte zwischen traditionellen und „neuen“ Akteuren der Forstpolitik

Mitglieder dieser regionalen „Bündnisse für den Wald“ sind in der Regel auch die Natur- und Umweltschutzverbände BUND, NABU, selten auch Greenpeace, WWF, Pro Regenwald und Robin Wood, welche die weitgehend geschlossene forstliche Akteurslandschaft seit Beginn der 1990er Jahre stark verändert haben. Nachdem sich diese Verbände in den 1980er Jahren mit dem Kampf gegen die Tropenwaldzerstörung und das Waldsterben ökologisches Waldwissen angeeignet hatten, richteten sie ihr Augenmerk ab 1990 auch auf die Bewirtschaftungspraktiken der heimischen Forstwirtschaft. Als Auslöser können dabei nicht zuletzt die katastrophalen Windwürfe 1990/91 gelten, welche eine Debatte über die Instabilität und Naturferne der weit verbreiteten Nadelholzreinbestände förderten. In der Folge legten insbesondere BUND, NABU und Greenpeace eigene ökologische Waldnutzungskonzepte vor, die forstliche Wahrheiten wie die Notwendigkeit der Waldpflege infrage stellten und zum Teil heftige Reaktionen provozierten (Volz 1997, Weber et al. 2000).

Die inhaltliche Professionalisierung der Naturschutzverbände, die nun auch als Arbeitgeber für Forstabsolventen attraktiv waren, ist allerdings nur eine Ursache für die Dominanz von ökologischen Fragestellungen im nationalen waldpolitischen Diskurs der 1990er Jahre. Internationale wie nationale Entwicklungen wirkten hier zusätzlich als Katalysator: Zuerst ist die UNCED-Konferenz in Rio de Janeiro zu nennen, auf der zwar keine verbindliche Waldkonvention verabschiedet, aber weitreichende partizipative Grundsätze formuliert wurden (Agenda 21, Forest Principles). Ausgehend von dieser Basis gründeten die Umweltverbände 1993 das erste weltweit gültige Waldzertifizierungssystem (Forest Stewardship Council), das im Rückblick zwar nur bescheidene Erfolge in den Tropenländern erzielte, aber in vielen Industrieländern eine langjährige Debatte um soziale und ökologische Standards der Waldbewirtschaftung auslöste.

Nach anfänglicher Ablehnung unter Verweis auf die bestehenden forstgesetzlichen Anforderungen sahen sich die öffentlichen und privaten Waldbesitzer letztlich sogar gezwungen, ein konkurrierendes Zertifizierungssystem ins Leben zu rufen, das Pan-European Forest Certification Scheme PEFC (heute: Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes). Während dieses Streits bildeten sich zwei relativ geschlossene Akteursnetzwerke heraus, die die deutsche Forstwirtschaft auch heute noch prägen, wenngleich die Konfliktintensität zwischen den Systemen FSC und PEFC selbst inzwischen stark nachgelassen hat und sich beide Seiten mit einer Koexistenz abzufinden scheinen (Klins 2000; vgl. Tab. 2).

Tabelle 2 Die gemeinsame Sprache in den Netzwerken PEFC und FSC (aus KLINS 2000:386, modifiziert)

Soziolekt im FSC-Netzwerk (Greenpeace, WWF, NABU, BUND, IG BAU, ANW, BMU, BfN)	Soziolekt im PEFC-Netzwerk (DFWR, LFV, AGDW, DHWR, SDW, DFV, BDF)
Globale Nachhaltigkeit	Nachhaltigkeit
Transparenz	Ausreichende Gesetze
Glaubwürdigkeit	Zertifizierung nicht notwendig
Freiwilligkeit	Kleinstrukturierung Waldbesitz
Chance	Kosten
Dialog / Allianz	Diskriminierung von Holz
FSC einzig gültiges internationales Zertifikat	Internationalität des PEFC-Ansatzes
„Fahrender Zug“	Fehlende Nachfrage
Imagegewinn für Forstwirtschaft	Keine Mehrpreise
Referenzflächen, Anteile Totholz, Verbot des Chemieeinsatzes	Überzogene ökologische Forderungen z. B. Referenzflächen, Totholz (Eingriff in Eigentum)

Auch über den Umweg der europäischen Ebene gelang es den Naturschutzverbänden und -behörden ihre Anliegen vorzubringen (Christophersen 2001; Weber / Christophersen 2002). So erweitert die bereits 1992 verabschiedete, jedoch erst nach einem Jahrzehnt zur Umsetzung auf der Fläche angekommene Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie die Liste geschützter Waldarten und -biotope und damit die naturschutzrechtlich geschützte Waldfläche erheblich (vgl. auch EuGH 2006). Wenngleich bisher in vielerlei Hinsicht weiter unklar ist, wie sich letztlich die gegenwärtig zu erstellenden Pflege- und Entwicklungspläne auf die Waldbewirtschaftung in FFH-Gebieten letztlich auswirken werden, so sind die damit verbundenen Ängste enorm und eine ernste Belastung für die angestrebte partizipatorische Abstimmung der Fachpläne (Sauer 2005).

Als letzter Faktor, der die Diskussion um ökologische Standards der Waldwirtschaft in Deutschland beförderte, muss schließlich der Regierungswechsel 1998 von einer konservativ-liberalen zu einer „rot-grünen“ Koalition genannt werden. In der Waldpolitik konnten die Umweltverbände die günstigen Rahmenbedingungen allerdings erst zu Beginn der zweiten Legislaturperiode nutzen, als nach dem Ministerwechsel im BMVEL von Herrn Funke zu Frau Künast im Zuge der BSE-Krise 2001 und der erfolgreichen Wiederwahl im Herbst 2002 eine Novellierung des Bundeswaldgesetzes im Koalitionsvertrag verankert wurde. Inhaltlich war vor allem eine Definition ökologischer Mindeststandards an die Waldbewirtschaftung geplant (Memmler 2003), welche allerdings aufgrund der vorzeitigen Auflösung des Bundestags 2005 nicht mehr umgesetzt werden konnte.

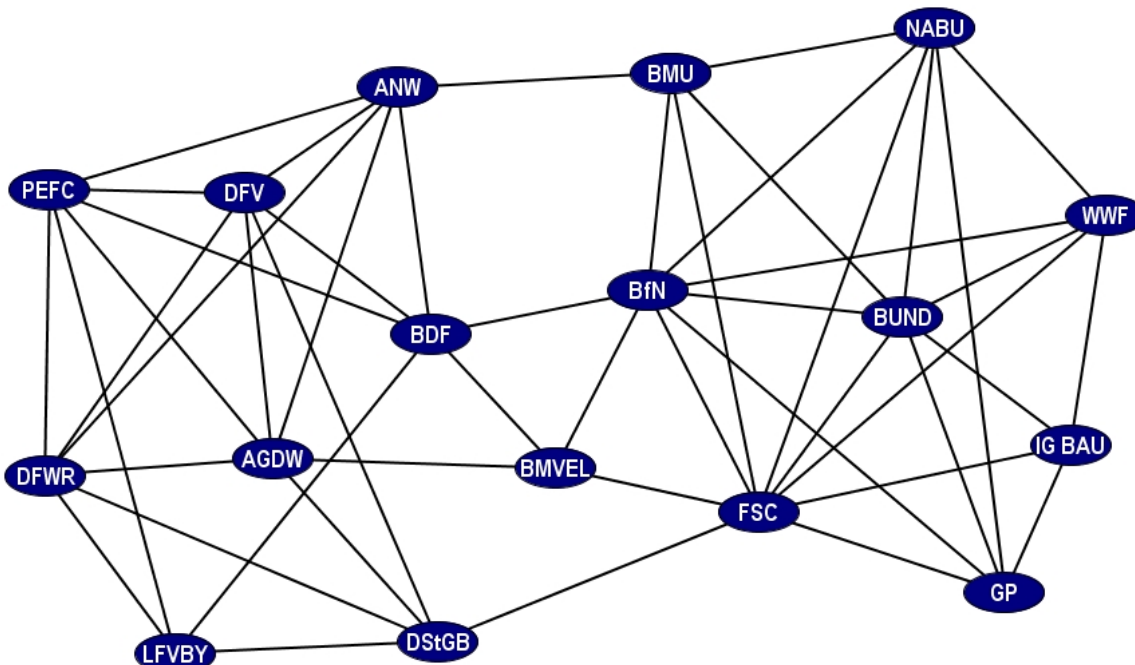
Dieses Regierungsvorhaben erregte breiten Protest bei allen traditionellen forstpolitischen Akteuren, die aus diesem Grund ein „Bündnis für Nachhaltigkeit im Bundeswaldgesetz“ gründeten und den Schulterschluss mit den Akteuren der Holzwirtschaft suchten (DFWR 2004). Während die zugrundeliegenden forstpolitischen Überzeugungen und die Argumentationsmuster in Tabelle 3 aufgeführt sind, soll hier lediglich darauf hingewiesen werden, dass die Naturschutzkoalition trotz grundsätzlicher Gemeinsamkeiten im Überzeugungssystem ihren forstlichen Bündnispartner aus der Zertifizierungsdiskussion, die IG BAU in diesem Prozess „verlor“. Dies wird auch in Abbildung 2 deutlich, in der die Wahrnehmung harmonischer Interessenbeziehungen nach Einschätzung der Akteure abgebildet ist (Memmler 2003).

Tabelle 3 Überzeugungssysteme der Koalitionen im Streit um die Novellierung des Bundeswaldgesetz (Memmler 2003)

Naturschutzkoalition		Forstwirtschaftskoalition
Ökosystem-Management Gesellschaft; Biosphäre	Nutzungsverständnis Zentrale Bezugsgruppe	Nachhaltige Holzproduktion Waldbesitzer; Forst- /Holzwirtschaft
Ökologische (und soziale) Nachhaltigkeit der Forstwirtschaft ist trotz einiger Errungenschaften gefährdet. Unzureichende Naturnähe (verbreitete Nadelholzreinbestände). Gesetzliche Konkretisierung naturschutzfachlicher Mindeststandards	Problemdefinition Problemursachen Problemlösung	Ökologische und soziale Nachhaltigkeit sind gegeben, ökonomische Nachhaltigkeit ist gefährdet. Niedrige Holzpreise wegen Sturmwürfen und internation. Konkurrenz. Wirtschaftliche Selbstheilungspotenziale der Forst- und Holzwirtschaft

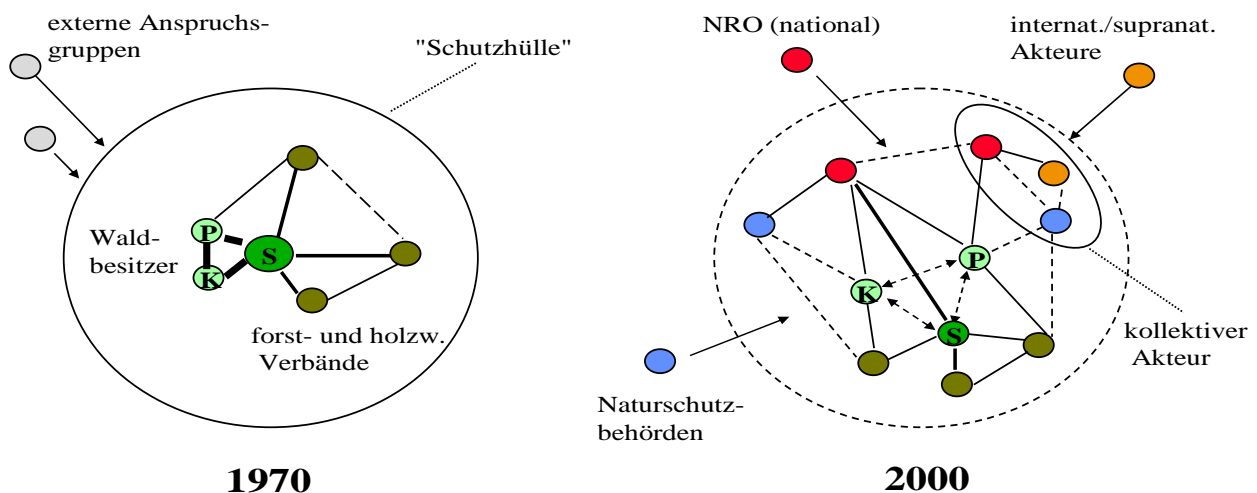
Vorschriften zum Walderhalt und operationale Mindeststandards der Bewirtschaftung sind zum Schutz der Gemeinwohlfunktionen notwendig.	Angemessene Intensität staatlicher Steuerung	Abgesehen von der Vorschrift zur quantitativen Erhaltung des Waldes hat sich eine liberale Grundhaltung bewährt.
Zentrale Begriffe und Inhalte sollten auf Bundesebene geregelt werden (Mindesteinheitlichkeit).	Angemessene Regelungsebene	Der Bund sollte einen weiten Rahmen vorgeben, den die Länder weiter konkretisieren können.
Eine griffige gesetzliche Konkretisierung der Guten fachlichen Praxis ist unverzichtbar als Voraussetzung für eine sinnvolle Anwendung anderer, d. h. freiwilliger Instrumente.	Ausgestaltung des Instrumentenmix	Das Gesetz sollte nur die abstrakt-unbestimmte Pflicht zur ordnungsgemäßen Forstwirtschaft regeln. Alles Weitere kann über freiwillige/ finanzielle Instrumente angestrebt werden.

Abbildung 2 Die Wahrnehmung „harmonischer“ oder „eher harmonischer“ Interessenbeziehungen zu anderen Akteuren im Streit um die Novellierung des Bundeswaldgesetzes (nach Memmler 2003: 110; Daten dichotomisiert und symmetrisiert mit UCINET 6)



Die folgende Abbildung von Weber fasst abschließend die Veränderung des forstpolitischen Akteurskreises in den letzten Jahrzehnten grafisch zusammen. Allgemein lässt sich festhalten, dass die lange Zeit unversehrte sektorale „Schutzhülle“ der Forstwirtschaft aufgrund internationaler wie nationaler Entwicklungen durchlässig geworden ist. Insbesondere Regierungs- wie Nichtregierungsorganisationen aus dem Umweltbereich haben Zugang zur forstpolitischen Arena erlangt und im Jahrzehnt zwischen 1995 und 2005 die forstpolitische Diskussion entscheidend mitgeprägt. Wenngleich ihre Bestrebungen national nur teilweise von Erfolg gekrönt waren und vermehrte Versuche zur Wiedererrichtung der forstlichen „Schutzhülle“ in den letzten Jahren erkennbar sind (s.u.), haben die Umwelt- und Naturschutzverbände dennoch deutliche Spuren in der Forstpolitik hinterlassen. So wurde ein globales Nachhaltigkeitszertifikats auf den globalen Holzmärkten etabliert und beträchtliche Schutzgebietausweisungen in Europa durch NATURA 2000 realisiert.

Abbildung 3: Veränderungen in der forstpolitischen Akteurskonstellation seit 1970 (Weber 2004)



2.3 Neue Verzahnung von Forst- und Holzwirtschaft

Seit dem Jahr 2004 sind verstärkte Anstrengungen seitens der privaten und z. T. auch der staatlichen Waldbesitzer auszumachen, die letztlich auf eine Neuausrichtung der Forstwirtschaft zielen. Hierzu wurden das häufig kurzfristig eingegangene Verteidigungsbündnis mit den Vertretern der Holz- und Papierindustrie gegen ökologische Forderungen sukzessive zu einer dauerhaften strategischen Allianz erweitert, wie im Folgenden an drei aktuellen Prozessen gezeigt wird:

Während der Diskussion um die Novellierung des Bundeswaldgesetzes veröffentlichte das Institut für Waldökologie und Waldnutzung in Münster 2003 eine im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführte „Cluster-Studie Forst und Holz“, in der überraschend hohe Umsatz- (7%) und Beschäftigungsanteile (3%) der Forst-, Holz- und Papierwirtschaft an der Wirtschaft dieses Bundeslandes angegeben wurden (Schulte 2003a,b). Auch wenn diese Zahlen vor allem durch den Einbezug der 2. Absatzstufe incl. der Papierwirtschaft und der Verlags- und Druckereibranche erklärbar sind (zu dieser Abgrenzung vgl. auch Dieter / Thoro 2003), wurden diese Zahlen von Politikern und Verbänden aufgegriffen, um die wirtschaftliche Bedeutung dieses Sektors und die möglichen negativen Auswirkungen einer Novelle des Bundeswaldgesetzes zu illustrieren. Unter dem Eindruck dieser Zahlen wurden in den Folgejahren in nahezu allen Bundesländern und auch auf Bundesebene weitere Cluster-Studien durchgeführt und Empfehlungen für ein „Cluster-Management“ abgeleitet (Mrosek et al. 2005; Mrosek; Kies 2006). Letzteres dient dabei nicht nur der Erschließung weiterer regionalökonomischer Potenziale durch bessere Vernetzung der Unternehmen, sondern auch einer effektiveren, d.h. besser koordinierten, politischen Interessenvertretung (Thoro 2007).

Das gemeinsame Ziel, „die wirtschaftlichen Interessen von Forst- und Holzwirtschaft auf Verbandsebene stärker zu bündeln und den Stellenwert des Clusters Forst und Holz in Politik und Gesellschaft besser zur Geltung zu bringen“, verfolgt auch die Gründung der Plattform Forst&Holz im Mai 2007. Zu den Unterzeichnern der Gründungsvereinbarung gehören die Dachverbände Deutscher Holzwirtschaftsrat (DHWR) und Deutscher Forstwirtschaftsrat (DFWR) sowie die Einzelverbände Verband der deutschen Säge- und Holzindustrie (VDS), Gesamtverband Deutscher Holzhandel (GD Holz), Bund deutscher Zimmermeister (BDZ), AGDW, Gemeinde- und Städtebund sowie die Forstchefkonferenz der Bundesländer (DFWR 2007). Bezeichnend für die Interessenkonflikte innerhalb des DFWR ist dabei die Reaktion der kleineren Mitgliedsverbände, ANW, BDF und DFV, für die nach eigenen Angaben die „Sicherung der Gemeinwohlfunktionen (des Waldes, Anm. Autoren) ein zentrales Anliegen“ darstellt. Um dieses gemeinsame Interesse politisch wirkungsvoller vertreten zu können, haben die genannten Verbände ein eigenes „Bündnis für den Wald“ gegründet (BDF 2007), das sich zwar zur Mitgliedschaft im DFWR bekennt, aber dennoch eigene forstpolitische Schwerpunkte im Bereich des Gemeinwohls setzen möchte.

Diese Neuorientierung der Forstpolitik erfolgte allerdings nicht nur auf nationaler Ebene. Ausgehend von einer Neuausrichtung der EU-Forschungsförderung auf Wachstumsbranchen infolge der Lissabon-Strategie wurde 2004 auf Initiative der europäischen Holzverarbeitenden Wirtschaft (CEI-bois), der europäischen Papierindustrie (CEPI) und des europäischen Waldbesitzerverbandes (CEPF) eine „Forest-based Sector Technology Platform“ gebildet und im Frühjahr 2005 offiziell durch die EU-Kommission eingerichtet. Als gemeinsame, langfristige Vision für das Jahr 2030 wird ein „wettbewerbsfähige(r), wissensbasierte(r)“ Wirtschaftssektor angestrebt, der „die erneuerbaren Forstressourcen intensiv nutzt“ und damit „einen erheblichen Beitrag im Zusammenhang mit einer biologisch basierten, nutzerorientierten und auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen europäischen Wirtschaft“ leistet. Die Verbindung zur deutschen Wirtschaft, Wissenschaft und Forschungsfinanzierung wird durch nationale Unterstützungsgruppen gewährleistet, die gegenwärtig nationale Forschungsagenden als Input für die EU-Forschungsförderung erarbeiten (FTP o.J.).

Literatur

- BDF (2007) Bündnis für den Wald gegründet. Sicherung der Gemeinwohlfunktion des Waldes zentrales Anliegen. Pressemitteilung vom 20.4.2007.
- Brugha, R.; Varvasovszky, S. (2000a) Stakeholder Analysis. A Review. In: Health Policy and Planning 15(3), S. 239-246.
- Brugha, R.; Varvasovszky, S. (2000b) How to do (or not to do) a Stakeholder Analysis. In: Health Policy and Planning 15(3), S. 338-345.
- Christophersen, T. (2001) Natura 2000 und Forstwirtschaft. Der Einfluss der Verbände auf die Forstpolitik der EU. Schriftenreihe des Fachverbands Forst Bd. 11. Augsburg: RIWA. 99 S.
- DFWR (2004) Waldgesetz auf Nachhaltigkeitskurs halten. Pressemitteilung vom 09.01.2004. <http://www.forstwirtschaftsrat.de/download/ausderarbeit/PM%20Aktionsbündnis%2009-01-04.pdf>
- DFWR (2007) Forst- und Holzwirtschaft gründen Plattform Forst und Holz. DFWR-Aktuell 07/2007. Pressemitteilung vom 10.05.2007.
- Dieter, M., Thoro, C. (2003) Forst- und Holzwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland nach neuer europäischer Sektorenabgrenzung. In: Forstwissenschaftliches Centralblatt 122 (2), S. 138-151.
- Elsasser, P.; Liss, B.M. (2004) Monitoring für das Nationale Waldprogramm Deutschland (Phase II). Bericht. 89 S. <http://www.nwp-online.de/fileadmin/redaktion/dokumente/Tisch-16/tisch-161c.pdf>
- Erb, W. (2006) Gemeinwohl aus Sicht eines Staatsforstbetriebs. In: Memmler/ Ruppert (Hrsg.) Dem Gemeinwohl verpflichtet? Perspektiven zu einem unbestimmten Leitbegriff für die Forstwirtschaft. München: ökom.
- Europäischer Gerichtshof (2006) Urteil in der Rechtssache C 98/03 vom 10.01.2006.
- Fischbach-Einhoff, J. (2005) Die politische Positionierung der Forstverwaltungen in Deutschland. Freiburger Schriften zur Forst- und Umweltpolitik. 332 S.
- Forest-based Sector Technology Platform (FTP). <http://www.forestplatform.de/?katid=255>
- Grimble, R.; Wellard, K. (1996) Stakeholder Methodologies in Natural Resource Management: a Review of Principles, Contexts, Experiences and Opportunities. In: Agricultural Systems 55(2), S. 173-193.
- Jansen, D. (2003) Einführung in die Netzwerkanalyse. Opladen: Leske + Budrich, S.71-74.
- Klins, Ullrich, (2000) Die Zertifizierung im Bewusstsein forstlicher Akteure und von Umweltverbänden, In: Forst und Holz 55 (12), S. 383-387.

- Laumann, E.; Marsden, P.; Prensky, D. (1983) The Boundary Specification problem in Network Analysis. In: Burt, R.; Minor, M. (eds.) Applied Network Analysis. A Methodological Introduction. Beverly Hills: Sage. S. 18-34.
- Mann, S. (1998) Konflikte in der Forstwirtschaft. Konflikttheoretische Analyse der forstpolitischen Diskussion über die Krise der Forstwirtschaft. Aachen: Shaker. 194 S.
- Marsden, P. (1990) Network Data and Measurement. In: Annual Review of Sociology 16, S. 435-463.
- Memmler, M. (2003) Der Konflikt um die Novellierung des Bundeswaldgesetzes. Advocacy-Koalitionen und „belief systems. Diplomarbeit am Institut für Forst- und Umweltpolitik. 214 S.
- Memmler, M.; Ruppert, C. (2006) Dem Gemeinwohl verpflichtet? Perspektiven zu einem unbestimmten Leitbegriff für die Forstwirtschaft. München: ökom. 286 S.
- Mrosek, T.; Kies, U.; Schulte, A. (2005) Clusterstudie Forst und Holz Deutschland 2005. Forst- und Holzwirtschaft hat sehr große volkswirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Bedeutung. In: Holzzentralblatt 131(84), S. 1113-1117.
- Mrosek, T.; Kies, U. (2006) Clustermanagement in der Forst- und Holzwirtschaft. In: Holzzentralblatt 132 (29), S. 841-842.
- Nüßlein, S. (2005) Forstreformen in den Bundesländern. In: AFZ-DerWald H. 13, S. 679-683.
- Prell, C.; Hubacek, K.; Reed, M. (2006) Using stakeholder and social network analysis to support participatory processes. In: International Journal of Biodiversity Science and Management 2 (2006)
- Ramirez, R. (1999) Stakeholder analysis and conflict management. In: Buckles, D. (ed.) Cultivating Peace. Conflict and Collaboration in Natural Resource Management. IDRC/World Bank. http://www.idrc.ca/en/ev-27971-201-1-DO_TOPIC.html
- Sauer, A. (2006) Europäische Naturschutzpolitik. Die Rolle der lokalen und regionalen Akteure bei der Umsetzung der FFH-Richtlinie in Deutschland. Hochschulschriften zur Nachhaltigkeit Bd. 29. München: oekom. 250 S.
- Schraml, U.; Fischbach, J.; Katthagen, A. (2000) 50 Jahre Deutscher Forstwirtschaftsrat, Landwirtschaftsverlag Münster.
- Schulte, A. (2003a): Clusterstudie Forst- und Holz NRW, http://www.forst.nrw.de/nutzung/cluster/1_Gesamt-clusterstudie.pdf
- Schulte, A. (2003b): Nordrhein-Westfalen zieht Bilanz für Forst- und Holz. Cluster-Studie weist unerwartete volkswirtschaftliche Größe der Forst- und Holzwirtschaft aus. In: Holzzentralblatt 129, 74, S. 1018-1019
- Thoro, C. (2007) Bedeutung und Perspektiven des Clusters Wald und Holz für unsere ländlichen Räume. Vortrag auf dem Kongress „Wirtschaft in ländlichen Räumen“, Münster. 22.02.2007

Turnpenny, J.; Hexeltine, A.; Lorenzoni, I.; O’Riordan, T.; Jones, M. (2005) Mapping Actors involved in climate change policy networks in the UK. Tyndall Centre for Climate Change Research. Working Paper 66.

Volz, K.-R. (1997) Waldnutzungskonzepte und ihre forstpolitische Bewertung. In: Forstwissenschaftliches Centralblatt 116, S: 297-310.

Weber, N. (2003) Die Rolle der Umweltverbände in der Forstpolitik. Einzelverbandliche und verbandssystematische Analyse der „neuen Akteure“ im ökologischen Konflikt um die qualitative Walderhaltung. Habilitationsschrift bei der Fakultät für Forst- und Umweltwissenschaften der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. 335 S.

Weber, N. (2004) Akteure der Forstwirtschaft und des Naturschutzes. Anwendung des Akteursansatzes auf die Forstpolitik. In: AFZ-DerWald 59(1), S. 12-15.

Weber, N.; Hårdter, U.; Rother, A.; Weisshaupt, M. (2000) Forstpolitische Aktivitäten von Umweltverbänden in Deutschland - eine vorläufige Bestandsaufnahme. In: Allgemeine Forst- und Jagdzeitung 171 (8), S. 144-153.

Weber, N.; Christophersen, T. (2002) The influence of non-governmental organisations on the creation of Natura 2000 during the European Policy process. In: Forest Policy and Economics 4 (1), S. 1-12.

Weible, C. (2007) An Advocacy Coalition Framework Approach to Stakeholder Analysis: Understanding the Political Context of California Marine Protected Area Policy. In: Journal of Public Administration Research and Theory 17. S. 95–117

Welp, M. (ed.) (2000) Stakeholder Success in Global Environmental Management. In: PIK-Report Nr. 70. 52 S. <http://www.pik-potsdam.de/research/publications/pikreports/.files/pr70.pdf>

Kontakt:

Dr. Ulrich Schraml
Universität Freiburg
Institut für Forst- und Umweltpolitik
Tennenbacher Str. 4
79106 Freiburg
Ulrich.schraml@ifp.uni-freiburg.de

Publikationen des Projekts „Zukünfte und Visionen Wald 2100“

Download unter: www.waldzukuenfte.de

Aretz, Astrid, IÖW; Knoll, Michael, IZT (2007): **Zukunftsfeld „Perspektiven energetischer Nutzung von Holz“**. Basispapier des Projektes „Zukünfte und Visionen Wald 2100“

Brüggemann, Beate; Riehle, Rainer, INFIS (2007): **Zukunftsfeld „Arbeitskultur, Region und Innovation“**. Basispapier des Projektes „Zukünfte und Visionen Wald 2100“

Brüggemann, Beate; Riehle, Rainer, INFIS (2007): **Zukunftsfeld „Gesellschaftlicher und kultureller Wandel“**. Basispapier des Projektes „Zukünfte und Visionen Wald 2100“

von Detten, Roderich, IFP (2007): **Zukunftsfeld „Märkte für Forst- und Holzwirtschaft vor dem Hintergrund globalisierter Marktbedingungen“**. Basispapier des Projektes „Zukünfte und Visionen Wald 2100“

von Egan-Krieger, Tanja; Ott, Konrad, Universität Greifswald (2007): **Normative Grundlagen nachhaltiger Waldbewirtschaftung. Ethik-Gutachten** im Rahmen des Projektes „Zukünfte und Visionen Wald 2100“

Erdmann, Lorenz; Behrendt, Siegfried, IZT (2007): **Zukunftsfeld „Wald und Klimawandel“**. Basispapier des Projektes „Zukünfte und Visionen Wald 2100“

Henseling, Christine, IZT (2008): **Jugendkonferenz „Zukünfte und Visionen Wald 2100“**. Ergebnisbericht des Projektes „Zukünfte und Visionen Wald 2100“

Hirschfeld, Jesko; Buchholz, Frank, IÖW (2007): **Zukunftsfeld „Flächennutzungskonkurrenzen“**. Basispapier des Projektes „Zukünfte und Visionen Wald 2100“

Marwede, Max; Erdmann, Lorenz; Behrendt, Siegfried, IZT (2007): **Leitbild-Assessment. Normative Orientierungen der Wald- und Landnutzung**. Arbeitspapier des Projektes „Zukünfte und Visionen Wald 2100“

Memmler, Michael; Schraml, Ulrich, IFP (2008): **Akteurslandkarte. Bericht über die Analyse relevanter Akteure der Waldpolitik in Deutschland**. Arbeitspapier des Projektes „Zukünfte und Visionen Wald 2100“

Mickler, Tobias; Behrendt, Siegfried; et al., IZT (2008): **Delphi-Report: Die Zukunft der Waldnutzung in Deutschland**. Ergebnisse einer Expertenbefragung zur Entwicklung von Wald, Forstwirtschaft und Landnutzung im Rahmen des Projektes „Zukünfte und Visionen Wald 2100“

Moser, Karl, K.M. Consulting (2007): **Zukunftsfeld „Stoffliche Verwertung von Holz“**. Basispapier des Projektes „Zukünfte und Visionen Wald 2100“

Steinmüller, Karlheinz; Schulz-Montag, Beate; Veenhoff, Sylvia, Z_punkt (2008): **Waldzukünfte 2100 – Szenarioreport**. Arbeitspapier des Projektes „Zukünfte und Visionen Wald 2100“

Wurz, Antje, IFP (2007): **Zukunftsfeld „Demographische Entwicklung“**. Basispapier des Projektes „Zukünfte und Visionen Wald 2100“

Zukünfte und Visionen Wald 2100 (Hrsg.) (2008): **Waldzukünfte: Herausforderungen für eine zukunftsfähige Waldpolitik in Deutschland. Policy Paper** des Projektes „Zukünfte und Visionen Wald 2100“

www.waldzukunft.de